

Begriffsverwirrung in der Vermögenspolitik

Ist die Vermögensverteilung ungerecht? Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, wenn die behaupteten Ungerechtigkeiten beseitigt werden sollen? Die Antwort auf diese Fragen fängt, was häufig übersehen wird, schon beim Begriff des „Vermögens“ an. Denn um Aussagen über die Vermögensverteilung zu machen, braucht man einen Begriff des „Vermögens“. Hier beginnt aber schon die Verwirrung, in der sich die Öffentlichkeit mehr oder weniger befindet. Ab und zu erhellen öffentliche Diskussionen über dieses Thema die Differenzen, die es bei der Festlegung des Begriffs „Vermögen“ gibt: so zwischen Dr. *Irmeler* (Bundesbank) und Prof. *Burgbacher* (CDU) im Handelsblatt¹, zwischen Dr. *Pitz* (IG-Metall) und Prof. *Liefmann-Keil* in der Zeitschrift „Sozialer Fortschritt“² oder zuletzt zwischen dem Bankier *Hauck* und Dr. *Muthesius* in der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“.³

Worauf sind nun diese Diskussionen zurückzuführen, die immerhin so hitzig sind, daß u. a. von „Begriffsverschmutzung“ und Polemik“⁴ die Rede ist oder bei *Liefmann-Keil*⁵ zu dem Untertitel „Zur Entschleierung eine Verschleierung, die eine vermeintliche Verschleierung beseitigen sollte“, führte? Und wie kann man die Differenzen, die dabei auftreten, lösen?

Die erste Ursache ist darin zu finden, daß jeder Disputant sagt: Vermögen „ist“ irgend etwas, wobei dann irgendeine Begriffsdefinition folgt. Hierbei schwingt immer noch die Meinung mit, daß man nach dem „Wesen“ irgendeiner Sache, hier des Vermögens forschen müßte. Dahinter steckt die irrige Auffassung, daß es einen „wahren“ oder „richtigen“ Begriff des Vermögens geben könne. Ganz deutlich kommt dies in dem Beitrag von *Volkmar Muthesius* heraus, der für seinen „richtigen traditionellen Vermögensbegriff“ sogar *Lessing* bemüht und ihn sagen läßt: „Wenn es erlaubt ist, allen Wörtern einen anderen Verstand zu geben, als sie in der üblichen Sprache . . . haben, so kann man leicht etwas Neues vorbringen, nur muß man mir auch erlauben, dieses Neue nicht immer für wahr zu halten ...“.⁶

Da es erst einmal einer empirischen Analyse bedürfte, was heute „üblicherweise“ unter Vermögen verstanden wird und im übrigen nicht von dem, was ist auf das, was sein soll, geschlossen werden kann, ist der andere bessere Weg aus diesem Dilemma der, die Definition eines Begriffs als eine Festsetzung zu betrachten, die nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten getroffen wird. Dies ist heute in der Wissenschaft allgemein üblich.⁷

Der vordergründige „Zweck“ einer solchen Begriffsfestsetzung kann natürlich auch sein — und damit kommt man zur zweiten Ursache der Differenzen —, die Vermögensverteilung durch die Wahl eines bestimmten Begriffs so darzustellen, daß sie sich entweder ganz „ungerecht“ oder „gar nicht so ungerecht, wie man immer sagt“ dem Betrachter darbietet. Diesen Vorwurf macht z. B. *Muthesius* seinem Disputanten, wenn er schreibt: „Die abwegigen Projekte jener Sozialpolitiker . . . brauchen nicht mit dem Hinweis auf die Vermögensbildung durch Beitragszahlung an die soziale Rentenversicherung bekämpft (zu) werden.“⁸

¹ „Wie skandalös ist unsere Struktur des Vermögen?“, in : Handelsblatt, Nr. 167 (1970), S. 3.

² *Pitz*, K.-H., Untauglicher Versuch zur Verschleierung der Vermögensverteilung, in: Sozialer Fortschritt, Heft 12/1970, S. 284 ff. *Liefmann-Keil/Bayer/Ruhr*, Vermögensbegriffe und Vermögensverteilung, in: Sozialer Fortschritt, Heft 5-6/1971, S. 124 ff.

³ „Sind die Sozialrentenansprüche, Vermögen“?, *Hauck*, Michael, Andersartig, aber vollwertig; — *Muthesius*, Volkmar, Indisponibles Kollektivvermögen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Heft 8/1972, S. 286 ff.

⁴ „Sind die Sozialrentenansprüche, Vermögen“?, *Hauck*, a.a.O., S. 286.

⁵ *Liefmann-Keil/Bayer/Ruhr*, a.a.O., S. 124.

⁶ „Sind die Sozialrentenansprüche, Vermögen“?, a.a.O., S. 288

⁷ Vgl. Artikel „Definition“ von H. Albert, in: Wörterbuch der Soziologie, Bd. 1, S. 145.

⁸ „Sind die Sozialrentenansprüche, Vermögen“?, a.a.O., S. 287 f.

Ideologievorwurf

Ohne Zweifel kann man durch die Wahl des Begriffes Einfluß auf das Ergebnis nehmen und damit den naiven Konsumenten einer solchen Aussage manipulieren. Aber dieser Ideologievorwurf⁹ trifft sowohl diejenigen, die einen möglichst weiten Vermögensbegriff wählen, um die Vermögensverteilung „gleichmäßiger“ erscheinen zu lassen, als auch die, die einen möglichst engen, auf eine ganz bestimmte Vermögensart begrenzten (z. B. Eigentum am Produktivvermögen) Vermögensbegriff wählen, um die Vermögensverteilung als skandalös bezeichnen zu können.

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur darin bestehen, daß jeder, der eine vermögenspolitische Aussage macht, explizit angibt, welches Erkenntnisziel (Wissenschaftler) oder vermögenspolitische Ziel (Politiker) er vor Augen hat. Denn unterschiedliche Zielsetzungen bedingen auch unterschiedliche Definitionen des Begriffs Vermögen. Wer aber bewußt durch die Wahl einer bestimmten Definition Politik machen will, sollte von der Öffentlichkeit und auch von seinen politischen Gegnern überführt werden können.

Im ersten Schritt kann man dabei von einer ganz allgemeinen Definition wie „Unter Vermögen wird. . . die Gesamtheit der in Geld schätzbaren Güter einer Person oder Personengruppe verstanden“¹⁰ oder „Unter Vermögen einer natürlichen oder juristischen Person versteht man die Wertsumme ihrer Aktiva zu einem bestimmten Zeitpunkt, vermindert um den Wert ihrer Verpflichtungen“¹¹, ausgehen, um dann einen bestimmten Vermögensbegriff, nach Auswahl der im Sinne der Zielsetzung relevanten Komponenten (vgl. Schaubild), zu gebrauchen.

Der Vermögenspolitiker kann dabei u. a.¹² von vermögenspolitischen Zielen ausgehen, die der einzelne mit dem Vermögen verbindet, wobei man auch synonym von Funktionen des Vermögens oder von den Motiven spricht, warum Vermögen gebildet wird. Diese Funktionen des Vermögens kann man untergliedern in die Ertragsfunktion, Sicherungsfunktion, Machtfunktion und Prestigefunktion.¹³ Vermögen in seiner Funktion als Einkommensquelle bietet seinem Eigentümer „eine Chance der Freiheit durch Verminderung der Abhängigkeit von der Umwelt“. ¹⁴ So ist ein Arbeitnehmer mit Vermögen nicht mehr allein auf seine Einkünfte aus unselbständiger Arbeit angewiesen. Sein Freiheitsspielraum gegenüber dem Arbeitgeber hat sich vergrößert. Durch sein „Wartenkönnen“ gewinnt der Arbeitnehmer eine stärkere Position in der lohnpolitischen Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber. Er braucht nicht sofort die erste beste Tätigkeit anzunehmen, sondern kann eine gewisse Zeit auf die Suche nach einem ihm genehmen Arbeitsplatz verwenden. Seine örtliche Mobilität erhöht sich, denn er kann einen Umzug z. B. von Bonn nach Hamburg finanzieren, auch wenn der neue Arbeitgeber die Kosten dafür nicht übernimmt.

Hat man als Vermögenspolitiker dieses Ziel der Vergrößerung des Freiheitsspielraums für den einzelnen vor Augen, so muß sich danach auch die Definition des Vermögensbegriffs richten. Er muß sicherlich erstens Vermögens-Komponenten in sich bergen, die disponibel und liquide sind (in erster Linie also Geldvermögensformen). Genauso wichtig ist aber zweitens ein hohes Arbeitsvermögen, das z. B. die Stellung am Arbeitsmarkt stärkt und drittens zusätzlich ein großes öffentliches Sachvermögen (Schulen, Universitäten usw.), durch dessen Nutzung der einzelne seine Fähigkeiten

⁹ H ö h n e n , Wilfried, Ideologie und Vermögensanalyse, in: WSI-Mitteilungen, Heft 4/1972, S. 103.

¹⁰ W e i s s e r , Gerhard, Artikel „Vermögen und Vermögenspolitik“, in: Handwörterbuch des Sozialwissenschaften, Bd. X, S. 163 ff.

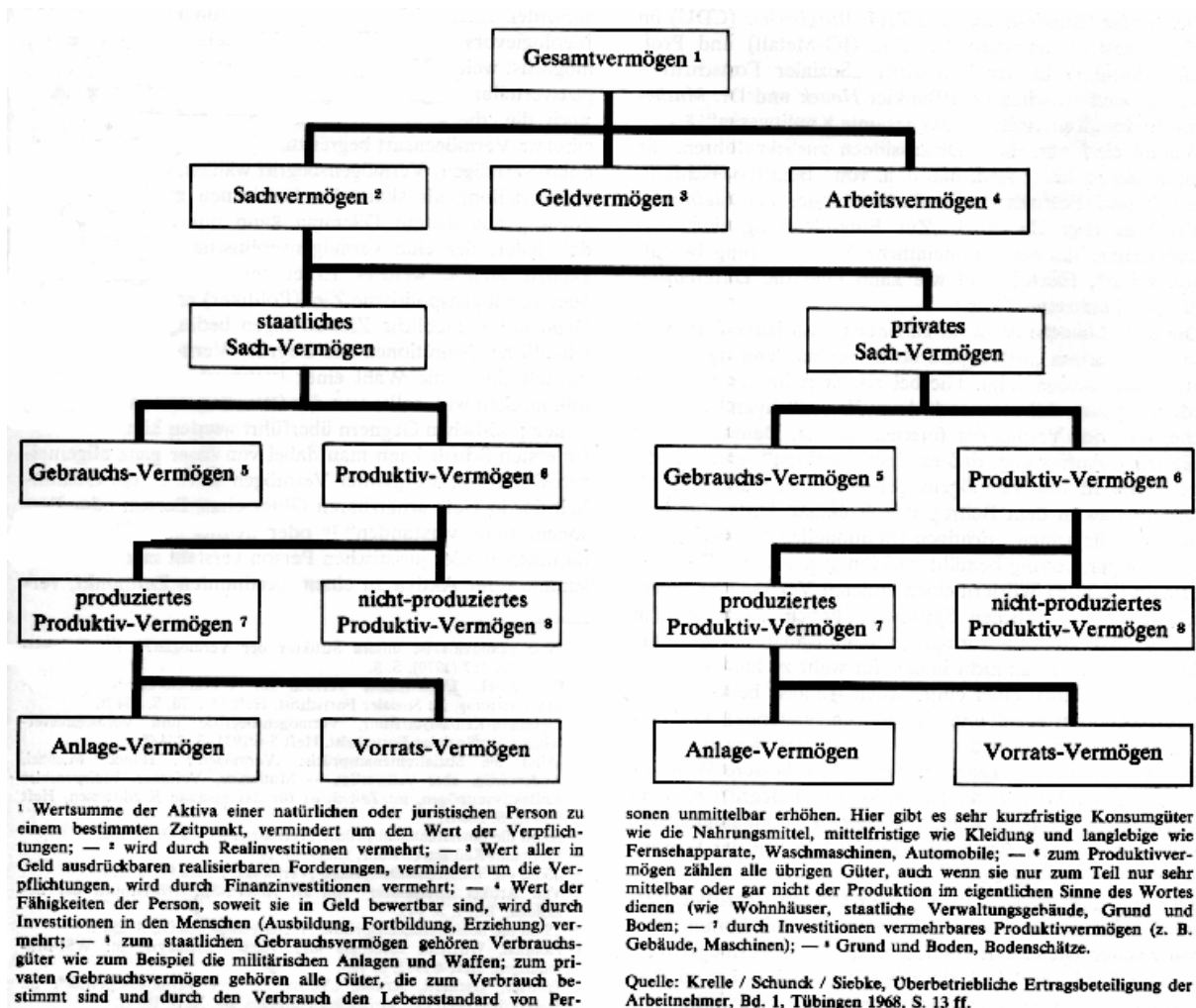
¹¹ K r e l l e / S c h u n c k / S i e b k e , Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Bd. 1, S. 13 f.

¹² Es können selbstverständlich auch mittelbare Zielsetzungen, z.B. wirtschaftspolitischer Art im Mittelpunkt stehen. Auch dann wird man sicherlich einen anderen Begriff des Vermögens wählen. Hier sollen einzelwirtschaftliche Zielsetzungen als Beispiele im Vordergrund stehen.

¹³ Küng, Emil, Eigentum und Eigentumspolitik, Tübingen-Zürich 1964.

¹⁴ Molitor, Bruno, Vermögensverteilung als wirtschaftliches Problem, S. 54.

ausbauen kann. Man sieht hier, wie weit der Vermögensbegriff sein muß, um dem Ziel einer Vergrößerung des Freiheitsspielraums gerecht zu werden.



Unter diesem Aspekt die Vermögensverteilung zu messen, ist heute noch nicht möglich, da die Arbeitsvermögen und tatsächlichen Bildungschancen bis jetzt nicht quantifizierbar und dem einzelnen nicht zurechenbar sind. Es besteht aber die begründete Vermutung — darauf deutet die immer noch relativ geringe Zahl der Arbeiterkinder an Universitäten hin — daß, nimmt man diesen Vermögensbegriff, die Vermögensverteilung immer noch ungleichmäßig ist, obwohl eine Tendenz zur Nivelierung festzustellen ist.

Ein weiteres vermögenspolitisches Ziel ist die Soziale Sicherheit. Ein Vermögen als „Notgroschen“ gibt den Arbeitnehmern und Selbständigen „die beruhigende Gewißheit, daß er — soweit menschliche Vorsorge dazu imstande ist — auch für solche Wechselfälle des Lebens gewappnet ist, in denen ein plötzlicher Geldbedarf auftritt, der aber selbst durch ein noch so engmaschiges Netz der Sozialen Sicherheit nicht aufgefangen werden kann. Außerdem kann der Arbeitnehmer (und der Selbständige) durch finanzielle Rücklagen für solche Fälle vorsorgen, in denen zwar die Sozialversicherung eintritt, ihre Leistungen aber nicht hoch genug sind, um den gewohnten Lebensstandard... zu garantieren.“¹⁵

¹⁵ Entwurf des Berichts der Bundesregierung über die Vermögensbildung, Dokumentation der Gesellschaftspolitischen Kommentare, S. 27.

Stellt man die Sicherungsfunktion des Vermögens in den Vordergrund der Betrachtung, so wird deutlich, daß man — einzelwirtschaftlich zumindest — auch die Ansprüche gegen die Sozialversicherung und auch gegen die Sozialfürsorge dem Vermögen des einzelnen zurechnen muß. „Und zwar deshalb, weil es für den einzelnen auf den Besitz von Ansprüchen ankommt und weniger darauf, wie diese gesichert sind. Hat z. B. jemand die „Bildungsanleihe“ gezeichnet, werden diese Zertifikate ohne Zweifel als Vermögensanlage angesehen werden, ganz unabhängig davon, ob der Schuldner Staat mit dem Ertrag aus der Anleihe Personalausgaben bestreitet, Stipendien vergibt oder Forschungsinstitute errichtet — ganz gleichgültig also, ob damit eine gesamtwirtschaftliche Sachvermögensbildung erfolgt oder ob die Sachvermögensbildung makroökonomisch . . . gleich Null ist.“¹⁶

Hinzutreten müssen unter dem Aspekt der sozialen Sicherung außerdem Vermögenskomponenten, die die Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Sachvermögen in Gestalt von Umschulungsmaßnahmen oder Rehabilitationsmaßnahmen beinhalten. Berücksichtigt man all diese Vermögenskomponenten, so ist, speziell auf das Ziel der Sozialen Sicherheit bezogen, sicherlich die Vermögensverteilung ziemlich gleichmäßig.

Konzentration der Macht?

Die heißesten Diskussionen und das meiste Für und Wider gibt es heute um die sogenannte Machtfunktion des Vermögens. Hier steht eine bestimmte Vermögensform und damit auch ein ganz bestimmter Vermögensbegriff im Vordergrund: das Eigentum am Produktivvermögen (an den Produktionsmitteln). Als ein Beispiel für viele: „Das entscheidende Problem der aktuellen Vermögensverteilung ist nicht die Soziale Sicherheit der Unselbständigen... sondern die Konzentration der Verfügungsmacht über die produzierten Produktionsmittel in den Händen einer kleinen Gruppe.“¹⁷

Zu diesen marxistisch orientierten Vertretern der Kritik an der bestehenden Machtverteilung aufgrund der Verfügungsmacht über produzierte Produktionsmittel kommen diejenigen, die Gefahren für diese Wirtschaftsordnung voraussehen, wenn das Eigentum am Produktivvermögen so ungleich verteilt bleibt, wie es heute der Fall ist. Deswegen soll besonders das Sparen in Beteiligungswerten gefördert werden (sog. Volkskapitalismus, *Burgbacher-Plan*).

Nun vollzieht sich schon seit längerer Zeit in unserer Wirtschaft ein Prozeß, der dadurch gekennzeichnet ist, daß Eigentum am und die Verfügungsmacht über das Produktivvermögen immer mehr voneinander getrennt sind. Diese Tendenz wird auch die Verwirklichung der Volkskapitalismus-Pläne nicht aufhalten können. Ganz im Gegenteil wird die Verfügungsmacht über das Produktivvermögen in den Händen einer kleinen Gruppe von Managern um so stärker, je breiter das Eigentum am Produktivvermögen gestreut ist. Die Frage ist dann, in welchem Interesse diese Manager handeln, im Interesse eines mächtigen Großaktionärs z. B. oder im Interesse der vielen ohnmächtigen Kleinaktionäre.

Die Antwort auf diese Frage ist nicht schwer zu geben. Deshalb ist die Reaktion der Gewerkschaften auf diese Perspektiven unter ihrer politischen Zielsetzung verständlich: Auf der Suche nach Möglichkeiten, an der zunehmenden Macht des Management teilhaben zu können, sind in ihren Reihen Konzepte von kollektiven Vermögensfonds entwickelt worden, denen u. a. folgende Aufgaben zugewiesen werden sollen:¹⁸ Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene Abstimmung mit der staatlichen Struktur- und Konjunkturpolitik, Abbau übersteigerter Verschleißproduktion, stärkere Berücksich-

¹⁶ Liefmann-Keil/Bayer/Ruhr, a.a.O., S. 125.

¹⁷ Pitz, K.-H., Untauglicher Versuch zur Verschleierung der Vermögensverteilung, a.a.O., S. 286.

¹⁸ Vgl. Leminsky, Gerhard, Zur langfristigen Perspektive der Vermögenspolitik, in: WWI-Mitteilungen, Heft 4/1971, S. 101 ff.

tigung des Umweltschutzes und der gesellschaftlichen Implikationen der einzelwirtschaftlichen Produktion, Zurechnung der sozialen Kosten.

Daß die Durchsetzung einer solchen Konzeption, die im übrigen auch im Gewerkschaftslager als unrealisierbar angesehen wird¹⁹, die heutigen Machtverhältnisse ändern würde, liegt auf der Hand. Daß diese Pläne die heute in diesem gesellschaftlichen Bereich Mächtigen (die Unternehmer) aufschrecken, ist ebenso verständlich. Denn man muß davon ausgehen, daß in einer Situation, in der der eine an Macht gewinnt, der andere an Macht verliert.

Wenn man diese Diskussionen um die Verteilung des Eigentums am Produktivvermögen betrachtet, so muß man sich fragen, ob dieses Eigentum am Produktivvermögen bzw. die Verfügungsmacht darüber tatsächlich die einzige Quelle der Macht ist, wie es die Äußerungen von marxistisch beeinflussten Wissenschaftlern und Politikern aber ebenso die Reaktion ihrer Gegner nahelegt. Versteht man unter Macht die Fähigkeit, „soziale Prozesse im Sinne eigener Zielsetzungen zu beeinflussen“²⁰, so kann Vermögen auch in anderer Form (siehe Schaubild) Macht verleihen. Man kann dann fast fragen, in welcher Form Vermögen keine Macht verleiht. Insofern ist die Vermögensverteilung als Verteilung der Macht nicht so ungleichmäßig, wie es uns Kritiker unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems immer glauben machen wollen, sicherlich aber auch noch nicht gleichmäßig genug.

Als letzte einzelwirtschaftliche Funktion des Vermögens verbleibt die Prestigefunktion. In einer Wohlstandsgesellschaft wie der unsrigen ist ein Maßstab für das Prestige des einzelnen nicht zuletzt sein Vermögen. Als Vermögensform kommen in erster Linie in Betracht das Gebrauchsvermögen (Auto, Farbfernseher, Spülmaschine usw.), Schmuck und das Haus- und Wohneigentum. Ein „vermögender“ Mann hat nach allgemeiner Ansicht eine Villa am Genfer See, eine Yacht im Mittelmeer, ein Haus auf Sylt u.ä. Diese für eine Wohlstandsgesellschaft besonders wichtige Prestigefunktion des Vermögens wird von den Vermögenspolitikern zu sehr außer acht gelassen, obwohl gerade die Motive des sogenannten Kleinen Mannes besonders auf diese Vermögenskomponenten gerichtet sind. Unter dem Aspekt der Prestigefunktion des Vermögens ist hier sicherlich der Trend zu einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung sichtbar.

Zurechnung (noch) nicht möglich

Abschließend kann man sagen, daß es „den“ Vermögensbegriff und auch „die“ Vermögensverteilung nicht gibt. Je nach Zielsetzung sind unterschiedliche Vermögenskomponenten angesprochen. Wollte man aber die Verteilung der Vermögen nach den verschiedenen Zielen quantifizieren, so stünde man heute noch vor kaum überwindbaren Schwierigkeiten. Die Zurechnung z. B. der staatlichen Leistungen auf die einzelnen Benutzer ist u. a. (noch) nicht möglich, weil es für diese Leistungen keine Marktpreise gibt und deswegen die Bewertungsmaßstäbe fehlen.

Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß die Öffentlichkeit diesen weitgefaßten Begriff des Vermögens nicht gewöhnt ist und Bildungsinvestitionen z. B. kaum als Vermögensbildungsmaßnahmen angesehen werden.

Andererseits besteht die Gefahr eines sehr weitgefaßten Vermögensbegriffs darin, daß dann die Diskussion um die Vermögensverteilung noch weniger als heutzutage mit quantifizierten Daten geführt werden kann und bloße Vermutungen bei den Kritikern und Befürwortern des heutigen Zustands das Feld beherrschen.

¹⁹ Pitz, K.-H., Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – eine Fata Morgana, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 2/1972, S. 87 ff.

²⁰ Albert, Hans, Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied 1967, S. 448

Die Strategie für die Zukunft sollte so aussehen, daß man die heute schon vorhandenen Statistiken weiter ausbaut, um dann als Endziel zu einer umfassenden Vermögensstatistik im weitesten Sinne²¹ (siehe Schaubild) zu kommen, die über alle Teilaspekte der Vermögensverteilung Auskunft gibt, um die Vermögenspolitik endlich auf eine feste Basis zu stellen.

²¹ Vgl. Krelle/Schunk/Siebke, a.a.O., S. 21 ff.

